



Presseinformation

Nr. 26.255

27.08.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 28 – Für faire Strompreise und effiziente Netznutzung: Reform der deutsch-luxemburgischen Stromgebotszone voranbringen

Dazu sagt die energiepolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Ulrike Täck**:

Der Strommarkt braucht ein Update

Sehr geehrte Damen und Herren,

das alte Energiesystem stößt an seine Grenzen. Wir brauchen also ein Update: Eine Teilung der Strompreiszone. Deshalb bin ich Ihnen, ganz besonders dankbar, dass es uns heute gelungen ist, einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen vorzulegen.

Warum braucht der Strommarkt dieses Update so dringend? Eine Stromgebotszone ist ein regionaler Raum, in dem der Börsenpreis für Strom für alle gleich ist. Wenn diese Stromgebotszonen jedoch sehr groß sind, bilden sie die heutige Situation nicht mehr ab, in der es Regionen mit sehr unterschiedlicher Energieerzeugung gibt.

Da hierdurch auch Stromnetz Engpässe nicht abgebildet werden, passiert etwas sehr Absurdes: Im Norden werden die erneuerbare Energien Anlagen abgestellt und im Süden werden die fossilen Großkraftwerke angeschaltet. Da das Abschalten der erneuerbaren Energien Anlagen einerseits und das Vorhalten der Großkraftwerke andererseits finanziell kompensiert wird, entstehen die sogenannten Redispatchkosten.

Über eine sehr große Region vereinheitlichte Strompreise bieten kein marktwirtschaftliches Signal für Unternehmen, sich dort anzusiedeln, wo der günstige erneuerbare Strom produziert wird. Natürlich ist nicht zu erwarten, dass ad hoc Unternehmen aus dem Süden in den Norden umziehen, wo der günstigere Strom erzeugt wird. Aber niemand kann behaupten, dass die regional unterschiedliche Verfügbarkeit von Energie in der Wirtschaft nie eine Rolle spielte. Zum Beispiel hat sich die Stahlindustrie dort angesiedelt, wo die Kohle vorhanden war. In Zukunft gehen neue Industrien dahin, wo der Wind weht.

Wir schauen heute nicht mehr auf Unternehmen, bei denen die Schornsteine rauchen, sondern auf Firmen, die jetzt Standorte suchen, um stromintensive neue Technologien

aufzubauen, wie zum Beispiel Rechenzentren oder Wasserstoffelektrolyseure. Der Verband europäischer Übertragungsnetzbetreiber hat bereits April 2025 empfohlen, die große deutsche Gebotszone aufzuteilen. Auch die Wissenschaft zeigt mit vielen Studien, welche Vorteile eine Reform der deutschen Gebotszone hätte. Zum Beispiel Studien der Agora Energiewende und des Fraunhofer IEE sowie des Institutes für Transformation des Energiesystems der FH Westküste.

Aber das Bundeswirtschaftsministerium entschied sich im Dezember 2025 mit dem sogenannten „Aktionsplan Gebotszone“ bewusst gegen diese Empfehlungen. Das geht zugunsten der fossilen Großkraftwerke im Süden und ist ein Nachteil für die erneuerbaren Energien im Norden. Wir sehen ja, dass große Gebotszonen über den Handel im Terminmarkt eine gewisse Preissicherheit bieten. Ich bin aber davon überzeugt, dass eine reformierte Zone mit Norddeutschland und Dänemark zusammen, nicht nur die Redispatchkosten spürbar senkt, sondern auch die Vorteile aus dem Terminmarkt mit der Attraktivität unseres günstigen erneuerbaren Stroms kombiniert.

Das macht es auch viel einfacher und günstiger, grünen Wasserstoff zu erzeugen, der auf europäischen Märkten anerkannt wird. Denn dafür sind 90 Prozent erneuerbarer Strom nötig. In Schleswig-Holstein sind wir schon so weit, in Dänemark auch, aber nicht überall in Deutschland. Eine Strompreiszone mit Dänemark wäre deshalb ein echter Durchbruch für unsere Wasserstoffwirtschaft in Schleswig-Holstein.

Liebe Kolleg*innen,

Strompreiszonenteilung wird oft so dargestellt, als ginge es darum, dass den einen was genommen und den anderen gegeben wird. Die Strompreise würden aber dadurch insgesamt sinken und die deutsche Wirtschaft entlastet. Wir wollen nicht weniger, wir wollen mehr, und zwar für alle: Mehr soziale Marktwirtschaft, mehr Fairness, mehr Wertschöpfung vor Ort, mehr europäische Zusammenarbeit und natürlich mehr Klimaschutz!

Vielen Dank!

**Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de